Die USA stärken ihre Chipindustrie

Der Kongress verabschiedet ein Gesetz für die Tech-Forschung mit Subventionen im Umfang von 280 Milliarden Dollar

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

In einer selten gewordenen Demonstration parteiübergreifender Zusammenarbeit hat der amerikanische Kongress diese Woche ein Gesetz gutgeheissen, das den Technologiesektor in den USA mit mehr als 280 Milliarden Dollar unterstützt. Die Gelder sollen zum einen unmittelbar in die inländische Produktion von Computerchips fliessen, zum anderen langfristig in die Förderung von Forschung und Investitionen in Hightech-Sektoren.

Die Chips and Science Act of 2022 wurde nach gut einjährigen Verhandlungen am Mittwoch vom Senat und am Donnerstag vom Repräsentantenhaus verabschiedet. Präsident Biden wird sie in den kommenden Tagen unterzeichnen. Konkret sieht das mehr als 1000 Seiten umfassende Gesetzeswerk Subventionen für die inländische Entwicklung und Herstellung von Computerchips im Wert von 52,7 Milliarden Dollar vor, einschliesslich Weiterbildungsmassnahmen für Arbeitnehmer.

Abhängigkeiten reduzieren

Auch erhalten Firmen, die in die Herstellung von Halbleitern investieren, Steuernachlässe, dafür sind Mittel von bis zu 24 Milliarden Dollar vorgesehen. Das Gesetz beinhaltet auch zahlreiche Detailregelungen, etwa Finanzmittel von 1,5 Milliarden Dollar für Firmen, die Funkzugangsnetz-Technologie herstellen. Auf diese Weise will die Politik auch die Abhängigkeit von im Ausland hergestellten Telekommunikationsgeräten reduzieren. Finanziert werden die enormen Investitionen nicht mit einer Steuererhöhung, sondern mit einer Budgetausweitung, also einer Neuverschuldung.

Mit dem Mammutpaket wollen die USA ein strategisches Standbein ihrer Wirtschaft langfristig stärken. Während der Corona-Pandemie war die Nachfrage nach Elektronikgeräten wie Laptops, Webcams oder Smartphones in die Höhe geschossen und damit auch jene nach den darin verbauten Chips.

Gleichzeitig musste die Produktion dieser Chips in mehreren Ländern während der Pandemie heruntergefahren werden, und die internationalen Lieferketten gerieten ins Stocken. Der daraus resultierende Engpass traf zahlreiche Industrien, von der Medizintechnik über die Verteidigungsindustrie bis hin zur Automobilbranche, ins Herz, vielfach mussten amerikanische Hersteller ihre Produktion herunterfahren. Darunter litten letztlich auch die Konsumenten sowie die Arbeitnehmer.

Die Situation zeigte nicht nur eindrücklich, wie abhängig zahlreiche Industrien von Computerchips sind, sondern auch, wie abhängig die USA vom Ausland sind. In den Vereinigten Staaten wurden jüngst nur noch 12 Prozent aller weltweit hergestellten Chips produziert; 1990 waren es noch 37 Prozent gewesen. Die grössten Hersteller sind inzwischen Südkorea und Taiwan, die seit Jahren gezielt in den Sektor investieren. Der weltgrösste Hersteller ist die Firma Taiwan Semiconductor Manufacturing (TSMC), die Chipdesigns für die führenden Computer- und Smartphone-Anbieter produziert.

Washington bereitet insbesondere die Abhängigkeit von Taiwan inzwischen grosse Sorgen. Die Regierung Biden befürchtet gemäss Medienberichten, dass China schon in den kommenden anderthalb Jahren seinen Einfluss auf Taiwan ausweiten und auch den Schiffsverkehr entlang der Taiwanstrasse einschränken wird. Mit entsprechender Dringlichkeit agierte der Kongress nun. «Die anfällige Lieferkette könnte im Ernstfall nicht nur eine ernste Wirtschaftskrise in den USA auslösen, sondern auch unsere nationale Sicherheit bedrohen», sagte der republikanische Senator John Cornyn aus Texas.

Mehrere Firmen haben bereits versprochen, dass sie neue Fabriken in den USA bauen werden, sollte die Vorlage angenommen werden. Wie sehr diese einen nationalistischen Charakter hat, zeigt sich daran, dass sich Universitäten mit Bildungspartnerschaften mit China – bekannt unter dem Namen Konfuzius-Institute – nicht um Fördergelder bewerben dürfen. Gleiches gilt für Firmen, wenn sie Halbleiterfabriken in China oder anderen potenziell feindlich gesinnten Ländern neu bauen oder ausbauen.

Die USA sind nicht das einzige Land, das die eigene Chipproduktion nun stärkt: Indien, Japan und Südkorea haben ihrerseits Steueranreize und Subventionen verabschiedet, um die Chipproduktion zu stärken. Taiwan plant 19 neue Halbleiterfabriken, China sogar 31 Fabriken bis Ende 2024, und Peking hat zudem Steueranreize und andere Massnahmen ergriffen, um den Sektor zu stärken. Die Europäische Union arbeitet an ihrer eigenen Version einer «Chips Act» im Umfang von 30 bis 50 Milliarden Euro.

Firmen lobbyierten aggressiv

Für die grossen amerikanischen Chiphersteller wie Intel oder IBM, die sich nun um die Subventionen bewerben können, ist das Gesetz ein voller Erfolg. Die Konzerne hatten für dessen Verabschiedung heftig lobbyiert. IBM flog laut Medienberichten jüngst mehr als sechzig Topmanager nach Washington, welche die Kongressabgeordneten in Gesprächen dazu drängen sollten, den Gesetzesvorschlag anzunehmen. In einem gemeinsamen Meinungsbeitrag im «Wall Street Journal» warnten der Intel-CEO Patrick Gelsinger und der Ford Motor-CEO Jim Farley davor, dass «ohne (staatliche) Intervention der Chipmangel weiter anhalten wird und Investitionen in den USA abnehmen werden».

Gelsinger hatte sogar damit gedroht, dass seine Firma die für die USA geplanten Fabriken nun in Deutschland oder Singapur bauen würde, sollte der Kongress die staatlichen Subventionen nicht diesen Sommer noch zusagen. Micron, der zweitgrösste Halbleiterhersteller in den USA, hatte gegenüber der «New York Times» Ähnliches gesagt. Die Drohungen wirkten; der Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer, sagte: «Wenn wir nicht bald handeln, könnten wir Zehntausende gut bezahlte Arbeitsplätze an Europa verlieren.»

Kritiker sehen in den milliardenschweren Subventionen ein Geschenk an eine ohnehin profitable Industrie. Scott Lincicome von der libertären Denkfabrik Cato Institute verglich die Lobbyversuche der Konzerne mit einer internationalen Einkaufstour auf der Suche nach den grössten Subventionen. «Wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich das Gleiche machen, aber das heisst nicht, dass die Steuerzahler dafür zahlen sollten», sagte er im Juni in einem Interview. «Das Gesetz ist eines der widerlichsten Geschenke an Corporate America, die ich je gesehen habe», sagte auch der republikanische Senator Rick Scott aus Florida. Mehrere Kongressabgeordnete bemühten sich, die Subventionen an mehr Auflagen zu knüpfen.

Doch viele Skeptiker im Kongress wurden ihrerseits mit einem Zückerchen in dem Gesetzespaket überredet: Die Chips Act sieht auch 170 Milliarden Dollar für Technologieforschung und -entwicklung in den nächsten fünf Jahren vor, insbesondere für Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz, Robotik und Quantencomputing. Auch will das Handelsministerium 20 regionale Tech-Hubs mit zahlreichen neuen Tech-Jobs aufbauen. Dank einem neuen Verteilungsschlüssel sollen insbesondere ländliche Gliedstaaten von Forschungsgeldern profitieren. Die Subventionen für die Chipindustrie sollen laut den Autoren des Gesetzespakets zu Zehntausenden neuen Arbeitsplätzen führen. «Dieses Gesetz wird sich stärker und weitreichender auf Amerika auswirken als die meisten Gesetze, die wir je verabschiedet haben», sagte Schumer zu seinen Amtskollegen vor der Abstimmung. «Viele von euren Enkeln werden dank ihm gut bezahlte Arbeitsplätze haben.»

Wie ein Koffer, in den man in letzter Minute noch möglichst viel hineinpackt, beinhaltet die Chips Act auch Vorgaben zur Forschung sowie zur Zukunft des produzierenden Gewerbes oder der Raumfahrt – es weist die Raumfahrtbehörde Nasa an, die erste Frau und die erste nichtweisse Person auf den Mond zu bringen und die Erkundung des Mars zu priorisieren. Auch soll mit den neuen Geldern der Fokus auf naturwissenschaftliche Fächer in der Schule verstärkt werden, um die nächste Generation von Arbeitnehmern für Hightech-Jobs vorzubereiten.

NZZ | Live

Wird Shenzhen das neue Silicon Valley?
23. August, 18.30 Uhr, NZZ-Foyer, Zürich.

Unsere Korrespondenten Marie-Astrid Langer aus dem Silicon Valley und Matthias Sander aus Chinas Hightech-Metropole Shenzhen berichten von Orten, an denen unsere Zukunft mitgestaltet wird.

Tickets unter **nzz.ch/live**

MÄRKTE IM BLICK

Wer jetzt auf steigende Kurse setzt, geht beachtliche Risiken ein

Die Aktienmärkte haben sich seit Mitte Juni merklich von den massiven Verlusten zuvor erholt – aber das Umfeld hat sich verändert

CHRISTOF LEISINGER

«Schlimmer kann es nicht mehr kommen» – unter diesem Motto fassen die Anleger seit Mitte Juni trotz dem brutalen russischen Überfall auf die Ukraine, trotz hohen Inflationsraten, trotz Gegenwind von den Zentralbanken und trotz der inzwischen aufgekommenen «Rezessionsmanie» wieder Mut und setzen auf Aktien sowie Anleihen. Seitdem hat der Swiss-Market-Index (SMI) um gut 8 Prozent zugelegt, der breitere Swiss-Performance-Index ist sogar um fast 9 Prozent gestiegen, und die Rendite eidgenössischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren ist von 1,56 Prozent auf zuletzt 0,46 Prozent gefallen.

Was für eine Wohltat für alle Investoren, die in der ersten Jahreshälfte aufgrund der geopolitischen und ökonomischen Turbulenzen deutlich unter die Räder gekommen waren. In dieser Periode mussten sie dem Geschehen praktisch schutzlos zuschauen. Erstmals seit langem konnten sie Aktien nicht mehr gegen Anleihen ausspielen, weil es bei beiden Anlageklassen gleichzeitig zu massiven Kursverlusten gekommen war. Auch zum Leidwesen der Schweizer Nationalbank: Sie musste im ersten Halbjahr einen happigen Buchverlust von fast 100 Milliarden Franken verbuchen, mehr noch bei den Bonds als bei den Aktien.

Eigentlich ist das ein Schock, der die beinahe schon einmaligen Rahmenbedingungen und Risiken verdeutlicht. Viele private Investoren und ihre Berater aber orientieren sich weiterhin an den Erfahrungen der Vergangenheit. Schliesslich mag es in den vergangenen fünfzig Jahren richtig gewesen sein, immer dann Wertpapiere zu kaufen, wenn es an den Märkten im Rahmen von Turbulenzen zu Kursrückschlägen kam. Dann lohnte es sich, «mehr Butter zu kaufen, weil sie günstiger geworden ist», wie es so verführerisch klingt. Immerhin griffen Regierungen und Notenbanken regelmässig beruhigend ein, wenn es so war.

Diese Art von «Prägung» und spekulative Impulse mögen erklären, wieso Anleger die allenfalls durchwachsenen Quartalsergebnisse an der Wall Street sowie die jüngsten Äusserungen des amerikanischen Fed-Präsidenten Jerome Powell anlässlich einer starken Zinserhöhung positiv bewerteten und wieso sich die Kursentwicklung an der Schweizer Börse auch in der vergangenen Woche von ihrer robusten Seite zeigte. Auf Wochensicht hat der SMI um knapp ein halbes Prozent zugelegt und der SPI sogar um knapp ein Prozent.

Das Revival der spekulativen Neigung lässt sich zum Beispiel daran ablesen, dass die Aktien des Privat-Equity-Unternehmens Partners Group auf Wochensicht um knapp 8 Prozent zugelegt haben, obwohl die Bewertung der meist relativ illiquiden Beteiligungen solcher Firmen kritisch hinterfragt werden kann. Steigende Zinsen können rasch zu Bedenken führen – zum Beispiel dann, wenn diese Firmen praktisch auf dem Höhepunkt des amerikanischen Immobilienbooms grössere Immobilienbestände übernommen haben. Gefragt waren in den vergangenen Tagen auch die Papiere von Richemont, Holcim, Lonza, ABB und die der Credit Suisse, während die Aktien der UBS und von Roche zwischen 2 und 3 Prozent ihres Wertes verloren.

Bei der Credit Suisse trifft kurzfristig wohl das Motto «schlimmer kann es nicht mehr kommen» auf den Punkt. Immerhin ist es im Wochenverlauf zu Kursavancen von bis zu 9,6 Prozent auf sehr tiefem Niveau gekommen, nachdem ein weiterer Wechsel im Management innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit darauf hat hoffen lassen, dass der Finanzkonzern endlich entschieden restrukturiert wird. Eine ungesunde Risiko- und Bonuskultur im Investment-Banking und viel zu hohe Kosten machten seine Papiere in den vergangenen Jahren für viele Investoren zum No-Go. Seit der Finanzkrise haben sie rund 95 Prozent ihres Wertes verloren.

Insgesamt fasst George Alevrofas, der Chief-Investment-Officer der Vermögensverwaltungsboutique VT Wealth Management, das gegenwärtige Umfeld für Anleger entsprechend kritisch zusammen. «An unserer Einschätzung, dass am Markt weiterhin viel Vorsicht angezeigt ist, hat sich nichts geändert», sagt er. «Die Unsicherheiten sind zu gross, als dass sich Neuengagements aufdrängen würden. Die geopolitische Lage bleibt labil, und der Inflations- und Wirtschaftsausblick ist unsicher. Der Kreditmarkt zeigt ebenfalls noch keine Anzeichen der Entspannung.»

AUSGEWÄHLTE BÖRSENKURSE IM WOCHENVERGLEICH

	Schluss 22.07.	Schluss 29.07.	% Woche	% 20.22	% 1 Jahr	Volatilität	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief
Banken und Finanzdienstleistungen								
Credit Suisse Group N	5.33	5.54	3.86	-37.56	-39.19	36.69	10.18	4.99
EFG N	7.36	7.40	0.54	6.47	-0.27	30.06	7.68	5.65
Julius Bär N	45.35	49.00	8.05	-19.91	-18.33	33.14	67.50	41.40
LLB N	52.30	52.50	0.38	-0.19	-0.94	21.27	59.30	49.70
Partners Group N	957.40	1033.00	7.90	-31.70	-33.70	33.54	1667.00	814.80
Swissquote N	110.10	115.00	4.45	-42.54	-18.32	43.74	212.50	90.75
UBS Group N	15.93	15.49	-2.76	-5.69	3.23	33.64	19.90	13.10
Valiant N	84.80	85.60	0.94	-6.24	-10.55	19.29	99.60	82.50
Vontobel N	63.20	62.50	-1.11	-21.78	-21.48	32.66	89.70	57.55
Bau und Material								
Arbonia N	13.30	13.48	1.35	-34.56	-22.08	32.58	22.90	12.10
Forbo N	1370.00	1276.00	-6.86	-31.76	-33.40	26.20	2040.00	1180.00
Geberit N	493.40	498.90	1.11	-33.05	-33.11	23.96	780.00	445.10
Holcim N	41.83	44.43	6.22	-4.47	-17.29	26.08	54.36	38.76
Implenia N	23.30	25.10	7.73	20.91	2.70	40.94	26.30	17.81
Chemie								
Clariant N	17.60	17.79	1.08	-6.37	-6.44	34.14	20.40	13.91
EMS-Chemie N	730.00	752.00	3.01	-26.35	-24.08	25.71	1046.00	680.50
Givaudan N	3269.00	3315.00	1.41	-30.82	-26.05	25.42	4697.00	3022.00
Sika N	228.10	233.90	2.54	-38.48	-26.54	31.51	385.70	212.40
Dienstleistungen								
Adecco Group N	33.53	33.43	-0.30	-28.26	-40.39	32.53	55.40	31.37
DKSH Holding N	77.55	78.00	0.58	3.59	1.56	22.15	84.65	68.65
Dufry N	34.83	35.72	2.56	-20.89	-28.65	49.30	55.88	28.02
Flughafen Zürich N	157.40	157.70	0.19	-3.90	6.70	27.25	181.20	137.90
Kühne + Nagel N	246.00	255.20	3.74	-13.32	-15.66	33.14	364.60	213.80
SGS N	2302.00	2315.00	0.56	-24.02	-21.23	20.43	3076.00	2043.00
Energie								
BKW N	106.70	108.00	1.22	-8.94	7.57	23.17	129.60	96.70
Gesundheit								
Alcon N	71.84	74.44	3.62	-7.80	12.92	28.75	81.40	62.00
Bachem Hold. N	63.75	63.85	0.16	-55.41	-45.89	46.47	171.00	56.15
Basilea Pharmac. N	40.10	44.05	9.85	7.65	-3.57	38.27	49.80	29.55
Lonza N	551.20	576.20	4.54	-24.34	-16.81	30.29	785.40	475.90
Novartis N	82.95	81.71	-1.49	1.78	-2.17	17.00	88.42	72.84
Roche GS	325.20	315.40	-3.01	-16.80	-9.26	20.85	404.20	298.30
Siegfried N	674.00	702.00	4.15	-21.08	-20.99	33.43	943.50	566.00
Sonova N	339.90	341.00	0.32	-4.70	-3.62	34.01	492.00	277.10
Straumann N	125.25	127.80	2.04	-34.02	-23.45	41.29	210.80	97.26
Tecan N	335.20	336.40	0.36	-39.44	-35.18	43.60	602.00	254.60
Vifor Pharma N	174.50	170.30	-2.41	4.96	35.00	36.33	197.20	102.30
Immobilien								
Allreal N	162.00	157.00	-3.09	-22.28	-15.95	17.58	208.50	151.80
Mobimo N	251.00	244.50	-2.59	-19.97	-21.51	19.74	336.50	219.50
Orascom N	7.60	8.10	6.58	-24.72	-30.77	28.91	11.90	6.80
PSP Swiss Prop. N	115.80	113.60	-1.90	-0.09	-7.64	19.33	126.50	99.60
Swiss Prime Site N	87.65	86.55	-1.25	-3.46	-9.98	18.64	101.20	81.15
Industrie und Technologie								
ABB N	27.55	28.77	4.43	-17.56	-13.97	27.13	35.79	24.85
ams-OSRAM	8.37	7.80	-6.81	-52.99	-55.35	46.52	19.15	7.14
Bucher Ind. N	364.00	363.60	-0.11	-19.38	-28.00	28.01	511.00	319.40
Burckhardt Comp. N	417.50	428.50	2.63	-0.70	18.37	34.43	542.00	321.50
Dätwyler I	220.00	231.00	5.00	-42.54	-30.00	35.02	410.00	192.60
dormakaba N	445.50	452.00	1.46	-25.10	-27.85	32.29	735.50	390.50
Georg Fischer N	55.00	57.85	5.18	-16.46	-21.45	31.91	77.45	45.86
Huber + Suhner N	82.50	85.30	3.39	-1.95	11.50	27.41	95.60	70.60
Kudelski I	2.82	2.90	2.84	-21.62	-29.01	33.96	4.20	2.41
Logitech Intern. N	53.24	53.12	-0.23	-30.91	-45.75	35.24	101.25	48.00
OC Oerlikon N	7.10	7.34	3.38	-21.68	-28.58	26.62	11.23	6.41
Rieter N	104.40	107.60	3.07	-39.21	-48.76	38.05	240.50	98.20
Schindler PS	175.00	185.00	5.71	-24.64	-36.51	25.96	306.60	164.30
SFS Group N	102.60	104.40	1.75	-17.27	-22.90	26.82	140.90	92.80
Sulzer N	61.25	63.50	3.67	-29.33	-29.98	33.41	98.45	57.00
Temenos N	76.66	75.00	-2.17	-40.50	-48.04	47.58	149.75	69.64
Konsumgüter								
Richemont N	106.75	113.95	6.74	-16.79	-2.57	44.36	147.60	90.28
Swatch I	246.00	252.60	2.68	-9.46	-17.32	35.29	309.50	215.70
Nahrung								
Aryzta N	1.10	1.08	-1.55	-5.08	-7.04	44.55	1.42	0.77
Barry Callebaut N	2108.00	2104.00	-0.19	-5.05	-8.04	17.52	2382.00	2008.00
Lindt & Sprüngli N	102700.00	109600.00	6.72	-10.31	4.68	23.01	123800.0	92500.0
Nestlé N	116.24	116.44	0.17	-8.53	2.41	17.49	129.80	105.94
Telekommunikation								
Swisscom N	513.60	513.80	0.04	-0.16	-5.41	16.06	590.40	491.10
Versicherungen								
Baloise N	150.70	151.30	0.40	1.48	4.78	19.89	177.00	133.90
Helvetia N	107.30	108.60	1.21	1.12	9.15	23.73	132.30	94.50
Swiss Life N	485.00	502.80	3.67	-10.05	7.14	23.65	630.80	445.70
Swiss Re N	71.54	71.30	-0.34	-21.01	-15.88	24.24	102.20	70.48
Zurich Insur. Grp N	408.80	414.90	1.49	3.62	12.93	19.71	451.70	364.00
Indizes								
SMI	11095.12	11145.91	0.45	-13.43	-7.78	15.71	12997.2	10349.7
SPI	14341.73	14446.39	0.73	-12.15	-7.00	15.64	16610.4	13353.7